



## Abbauen – auslagern – ökonomisieren? Sozialarbeitende für Menschenwürde!

ZUM THEMA Angesichts wirtschaftlicher Krisen, fehlender Steuereinnahmen für den Staat und einer damit verbundenen und seit den siebziger Jahre andauernden hegemonialen Ablösung des Keynesianismus durch den Neoliberalismus gerät der Sozialstaat zunehmend unter Druck. Stark davon betroffen ist natürlich die Soziale Arbeit, welche in Zeiten knapper Kassen zunehmend um die Finanzierung besorgt sein muss. Mal wird sie ausgelagert, mal wird sie abgebaut und dann wieder „umstrukturiert“ – und verhält sich dabei weitgehend passiv. Kämpferische Tendenzen sind aktuell kaum vorhanden.

Für die Klientel der Sozialen Arbeit sind diese Tendenzen noch stärker spürbar: der sogenannte Wandel von Welfare zu Workfare ist konkret geworden. Dabei ist es, entgegen der gängigen Propaganda, nach wie vor eine Frage des politischen Willens, ob Sozialwerke und die Soziale Arbeit finanzierbar sind oder nicht.

Wo sich kämpferische sozialarbeiterische Positionen artikulieren, da spalten sich diese hier in „standespolitische“, dort in „sozialpolitische“ Anliegen. Diese Auseinandersetzungen theoretischer Art bringen die formulierten Probleme nicht näher zu einer Antwort. Das Forum für kritische Soziale Arbeit versucht, diese Trennung aufzuheben und Gegensteuer zu geben gegen starke Tendenzen, die die Soziale Arbeit gänzlich den Gesetzen des Marktes unterwerfen wollen.

In diesem Sinne beschäftigt sich das Forum für kritische Soziale Arbeit mit einem äusserst weitläufigen Thema, welches uns das ganze Jahr beschäftigt. Die Arbeitsgruppen New Public Management, Politik & Vernetzung, Soziokulturelle Animation sowie Theorie beschäftigen sich mit den konkreten Ausprägungen in den entsprechenden Themengebieten und tragen die Erkenntnisse zusammen. So wollen wir sozialarbeiterische Perspektiven entwickeln, welche über die unmittelbaren Ängste des Sozialabbaus und der zunehmenden repressiven Tendenzen hinausgehen.

### Zu dieser Ausgabe

Dies ist die Zeitschrift des Forums für kritische Soziale Arbeit in Zürich/Schweiz. Im Rahmen unserer kritischen Auseinandersetzung mit der Sozialen Arbeit, der Sozialpädagogik und der Soziokulturellen Animation berichten wir in unregelmässigen Abständen aus kritischer Perspektive über diese Berufsfelder. Im Fokus stehen aktuell die sich verschärfende Marktlogik und die neoliberalen Tendenzen im Sozialwesen. Diesen stellen wir die Position einer Sozialen Arbeit gegenüber, die sich nicht zum Spielball machen will!

### Veranstaltungen und Termine

27. März 2012: Veranstaltung in Basel. Sozialhilfe: mittellos, chancenlos, rechtlos? Die Kriso organisiert ihre erste Veranstaltung in Basel. Dabei wird Rechtsanwalt Pierre Heusser einen Vortrag über den schwachen Rechtsschutz für Menschen in der Sozialhilfe halten. Als Moderator fungiert Christoph Mattes. 17 Uhr, Aula der FHNW Basel (Thiersteinallee 57)

22. Mai 2012: Kriso-Veranstaltung mit einem Mitglied der kritischen Sozialen Arbeit Wien im Grossraum Zürich. Nähere Informationen folgen.

### Mitmachen?

AG Soziokultur: ska.kriso@gmx.ch  
AG New Public Management: npm.kriso@gmx.ch  
AG Theorie: theorie.kriso@gmx.ch

## Zur zunehmenden Ökonomisierung in Gestalt des New Public Managements

NEW PUBLIC MANAGEMENT Eine neue Broschüre der Arbeitsgruppe NPM (New Public Management, Bestandteil des Forums für kritische Soziale Arbeit) zeigt Zusammenhänge zwischen der konkreten sozialarbeiterischen Praxis und den volkswirtschaftlichen Veränderungsprozessen der letzten vierzig Jahre auf. Diese Broschüre ist demnächst auf [www.kriso.ch](http://www.kriso.ch) einsehbar oder in Papierform gratis zu bestellen.

Seit den neunziger Jahren hat in der Schweiz das New Public Management im Bereich der Sozialen Arbeit Einzug gehalten, subjektiv ist dies in den letzten Jahren stärker und vermehrt wahrnehmbar. Glaubt man den neu etablierten Begrifflichkeiten, dann kommt nur Gutes auf die Soziale Arbeit zu. Wirkung, Qualität, Effizienz, Innovation und andere Schlagwörter zeugen jedoch von einer Tendenz, welche die Soziale Arbeit unmittelbar an marktwirtschaftliche Sachzwänge koppeln will. Der Zusammenhang mit einem eigentlichen Service Public für die gesamte Bevölkerung scheint zunehmend abhanden zu kommen. Was heisst das für uns? Was steckt hinter den Begriffen von "New Public Management" und "wirkungsorientierter Verwaltungsführung", welche Ursachen stehen hinter den neuen Bestrebungen der Ökonomisierung der Sozialen Arbeit? Mit welcher Ausgestaltung der Sozialen Arbeit müssen wir inskünftig rechnen, wenn es nicht gelingt, diese Entwicklung zu durchbrechen?

Finanz- und Wirtschaftskrise als aktuelle Ursache leerer Staatskassen

Die Broschüre versucht, eine mögliche Annäherung an diese Fragestellungen zu geben. Dabei wird ein grosser Bogen von der Dimension des Neoliberalismus und einer Erklärung seiner Entstehung zum Spezifikum der Sozialen Arbeit und seinen praktischen Widersprüchen geschlagen. Dieser Bogen ist notwendig, findet doch die Soziale Arbeit nicht im luftleeren Raum, sondern in einem gesellschaftlichen und ökonomischen Bezugsrahmen statt, welche der Sozialen Arbeit ihr Fundament gibt. Die Broschüre soll aber auch für andere Berufsgruppen staatlicher Trägerschaft die Möglichkeit bieten, sich anhand des sozialarbeiterischen Exempels mit den oft als diffus wahrgenommenen Fragen rund

um das Thema New Public Management auseinanderzusetzen.

Die Broschüre wurde im Winter 2011/2012 verfasst und herausgegeben. Dieser Zeitpunkt kann kein Zufall sein. Gerade in der Zeit der Finanz- und Wirtschaftskrise, die uns nach wie vor beschäftigt, stellt sich zunehmend die Frage: Weshalb wird der Sozialstaat gerade in der Krise abgebaut, also dann, wenn breite Teile der Bevölkerung eigentlich darauf angewiesen wären? Die Antwort ist dort zu verorten wo sichtbar wird, dass Massenarbeitslosigkeit und leere Staatskassen nahe verwandte Ursachen haben.

Neue Begrifflichkeiten halten in der Sozialen Arbeit Einzug

Obwohl New Public Management mittels fachfremder Begrifflichkeiten gut getarnt als modernisierende Verwaltungsreform daher kommt, zeigt sich, dass es in erster Linie vor allem um ein Sparprogramm auf dem Buckel der Lohnabhängigen der Sozialen Arbeit sowie deren Klientel geht. Die Implikation von Strategien und Begriffen aus dem Bereich der Wirtschaft führen in der Sozialen Arbeit zu Spardruck, Leistungsabbau und einem zunehmend fragwürdigeren Selbstverständnis der Sozialen Arbeit selber, welche sich immer stärker an ökonomischen Kriterien wie Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit orientiert. Daneben lassen sich mit oder durch die Einführung von NPM in der Sozialen Arbeit klare Deprofessionalisierungstendenzen feststellen, welche für die Klientel sowie für uns als in der Sozialen Arbeit beruflich tätigen eindeutig negative Auswirkungen haben. Dies alles widerspricht unserem Verständnis von Sozialer Arbeit, welches ihr Selbstverständnis auf eine fortwährende kritische Reflexion und fachliche Fundiertheit stützen sollte. Wir sehen eine Notwendigkeit, sich mit diesen Widersprüchen auseinanderzusetzen und legen die beschriebene Broschüre als Grundlage zur kritischen Debatte vor.



## Gibt man ihnen den kleinen Finger, so nehmen sie die ganze Hand!

**STUDIENGEBÜHREN** Nachdem schon 2009 die Studiengebühren an den Zürcher Fachhochschulen erhöht wurden, sollen diese jetzt schon wieder steigen. Die sozialdemokratische Regierungsrätin Regina Aeppli hat den VertreterInnen der Studierendenorganisationen des Kantons Zürich am Montag dem 27. März 2012 mitgeteilt, dass der Regierungsrat eine Erhöhung der Gebühren an den Fachhochschulen auf 720 Franken pro Semester entschieden hat. Und für die Studierenden der Universität Zürich sollen die Gebühren um mindestens 160 Franken steigen.

Dass sich die Wirtschaft und damit die Finanzierung der öffentlichen Hand aktuell in einer tiefen Krise befinden, und dass diese Krise nicht von uns verursacht ist, haben wir schon verschiedentlich und beinahe gebetsmühlenartig erwähnt. Im gleichen Atemzug können unzählige Beispiele verschiedener Art erwähnt werden, wo wir in der Sozialen Arbeit für diese Krise trotzdem zur Kasse gebeten werden: Sinkende Leistungen für Menschen in der Sozialhilfe, hegemonialer Wandel von „Welfare to Workfare“ oder die Auslagerung bisher staatlicher Aufgaben an Private gehören dazu. In die gleiche Kategorie fällt der sich periodisch wiederholende Eiertanz um die Studiengebühren an den Fachhochschulen und den Universitäten. Die sozialdemokratische Regierungsrätin Regine Aeppli hat sich in den letzten Jahren einen zweifelhaften Ruf in der Funktion eingefangen, Studierende für die Krise zahlen zu lassen, oder dies zumindest zu versuchen. Auch dieses Jahr soll es schon wieder so weit sein.

Die Erhöhung der Studiengebühren ist nicht zu akzeptieren!

Ausgesprochen erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die Frechheit, mit welcher die Regierungsrätin Aeppli die Studierenden der Hochschulen und Fachhochschulen in die Gebührenerhöhungen einzubinden und gleichzeitig zu hintergehen versucht, um damit einen erfolgreichen Studierenden-Protest wie 2009 in mehreren Städten der Schweiz und Europa zu verhindern. Dem Studierendenrat der Universität Zürich versuchte Frau Aeppli glaubhaft zu machen, die Erhöhung der Studiengebühren an der Universität sei

zum Einen bloss ein kleineres Übel, sie selbst wolle damit lediglich der Forderung nach noch grösseren Erhöhungen der anderen Parteien entgegenwirken. Zum Anderen begründete sie die Gebührenerhöhungen dennoch als simplen Teuerungsausgleich. Den VertreterInnen der Fachhochschulen hingegen kommunizierte sie, die Anhebung erfolge aus Gerechtigkeitsüberlegungen, so dass die Studiengebühren aneinander angeglichen werden. Dass diese Angleichungen immer nach oben erfolgen, scheint in dieser sinnigen Logik der Gerechtigkeit ganz selbstverständlich zu sein. Für dermassen sozial scheint sie uns Studierende der Sozialen Arbeit also tatsächlich zu halten.



Studieren an der ZHAW soll einmal mehr teurer werden. Wir sagen NEIN!

Was ist von den Protesten 2009 zu lernen?

Ganz offensichtlich fehlen dem Regierungsrat eigentliche Argumente. Und das überrascht auch relativ wenig. Schon 2009 konnten die Studierenden der Universität Zürich die Gebührenerhöhungen durch eine Besetzung und bemerkenswerten Protest verhindern. Sie haben damit beweisen können, dass Sparmassnahmen und Gebührenerhöhungen politische Entscheidungen sind, die schlichtweg davon abhängen, ob die Studierenden in der Lage sind sich zu organisieren und genügend zur Wehr zu setzen, oder ob dies nicht der Fall ist. Damals haben sich die Studierenden der Fachhochschulen nicht, oder mindestens zu wenig gewehrt. Wir meinen, dass sich dies nun ändern sollte und rufen die Studierenden der ZHAW und besonders jene der Sozialen Arbeit dazu auf, sich dem Protest der Studierenden der Universität Zürich anzuschliessen und diese erneute Studiengebührenerhöhung zu verhindern.

## Streik in der Stiftung Nathalie in Boll!

ARBEITSPLATZ Was manchmal beinahe als unmachbar erscheint, ist bei der Stiftung Nathalie in Boll gelungen: Die Belegschaft hat sich mit einem Warnstreik Gehör und Öffentlichkeit verschafft! Sie protestiert gegen die Heimleitung und fordert einen betrieblichen Gesamtarbeitsvertrag. Die Kriso solidarisiert sich mit diesem Streik und wünscht der Belegschaft viel Erfolg. Nachfolgend ist unsere Stellungnahme zu lesen, welche wir als Solidaritätsbotschaft für die Belegschaft verfasst haben. Zudem werfen wir die Frage auf, wie sich eine kritische Soziale Arbeit dazu verhalten soll.

„Liebe streikende Kolleginnen und Kollegen der Stiftung Nathalie in Boll - Wir schicken Euch solidarische Grüsse aus Zürich und wünschen Euch viel Kraft und einen langen Atem im Arbeitskampf für einen betrieblichen Gesamtarbeitsvertrag nach euren Interessen! Schlechte Arbeitsbedingungen, fehlende Nacht- und Wochenendzuschläge, Stress und fehlende Mitsprache am Arbeitsplatz sind keine Seltenheit und hinterlassen im Arbeitsalltag Ärger und Frustration. Dass ihr euch dagegen zu kämpfen entschieden habt, hat somit eine grosse Vorbildfunktion für viele andere Angestellte im Sozialbereich, die diesen Zustand satt haben. Denn oft halten sich Angestellte im Sozialbereich mit ihren Forderungen viel zu lange zurück. Euer Streik verdient in einer Periode, in der Arbeitskämpfe seltener geworden sind, die Krise aber umso stärker auf Sozialarbeitende und deren KlientInnen Druck aufsetzt, allergrössten Respekt! In Zeiten der wirtschaftlichen Krise scheint es unabhängig von der Branche üblich geworden zu sein, dass die Arbeitsbedingungen weiter verschlechtert und „nach unten angepasst“ werden sollen. Dagegen sagen wir klar und deutlich „NEIN“, für unsere Arbeitsbedingungen, aber auch für die Bedingungen unserer Klientel. - Solidarische Grüsse und viel Erfolg! - Forum für kritische Soziale Arbeit Zürich, im Februar 2012“.

### Theoretisierung als Aufgabe kritischer Sozialer Arbeit

Während für die Belegschaft des Boller Heimes ein Arbeitskampf in Form eines Streikes eine existenzielle Frage verbunden mit vielen neuen Erfahrungen bedeutet, stellen sich einer kritischen Sozialen Arbeit

andere Herausforderungen. Sie muss versuchen, die Ebene der kritischen sozialarbeiterischen Theorien um jene einer konkreten Praxis zu ergänzen und sich mit einem konkreten Kampf im Sozialwesen befassen. Was bedeutet ein Arbeitskampf im Sozialwesen für die Arbeitsbedingungen auf der Ebene des Personals und die Bedingungen der Klientel im Heim? Was kann mit der Form eines Streikes erreicht werden? Wie wird Solidarität organisiert und von welchen Branchen mit grösserer Kampftradition kann gelernt werden? Bedeutende Arbeitskämpfe im Sozialbereich sind zeitlich weit zurück und dem entsprechend ist die historische Erfahrung gering. Es besteht also eine Notwendigkeit, aus aktuellen Kämpfen zu lernen und die Erfahrungen für weitere Auseinandersetzungen zu theoretisieren.



Wie können Kampferfahrungen im Sozialbereich weitergegeben werden? Bild aus der Gewerkschaftszeitung „work“.

### Abgrenzung zu gewerkschaftlichen Aufgaben

Während die Gewerkschaft den Kampf aus ökonomischer Perspektive führt, also die Frage der Arbeitsbedingungen und des Lohnes ins Zentrum der Praxis stellt, muss die kritische Soziale Arbeit einen anderen Blickwinkel einnehmen. Sie muss sich für die Ausgestaltung der Sozialen Arbeit und des Sozialwesens insgesamt interessieren. Diese Perspektive schliesst die Klientel mit ein und stellt die Frage, wie die Soziale Arbeit den eigenen grossen emanzipatorischen Vor-sätzen in der Praxis gerecht werden kann. Dafür brauchen wir aber gute Arbeitsbedingungen und sichere Arbeitsplätze. Der ökonomische Kampf interessiert also auch uns: Ganz unmittelbar!

Infos im Internet: <http://gutepflege.ch/unia-aktiv/>